

VD / Interpellation Die Mitte-EVP-Fraktion vom 2. März 2026

Abhängigkeit der Spitäler und Betreuungseinrichtungen im Kanton St.Gallen von Fachkräften aus dem EU-Raum

Antwort der Regierung vom 19. Mai 2026

Die Mitte-EVP-Fraktion erkundigt sich in ihrer Interpellation vom 2. März 2026 nach der Entwicklung der Zahl der Angestellten aus dem EU-Raum in den st.gallischen Spitälern, Alters- und Pflegeheimen sowie in den Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen. Die Interpellanten interessieren sich insbesondere für die Bedeutung des Personals aus EU-Staaten für den Betrieb der erwähnten Institutionen.

Die Regierung antwortet wie folgt:

Wie die Regierung in ihren öffentlichen Stellungnahmen regelmässig zum Ausdruck bringt, profitiert der Kanton St.Gallen vom direkten Zugang zum EU-Arbeitsmarkt, namentlich durch die Zuwanderung von Fachkräften aus dem deutschsprachigen Raum. Volkswirtschaftlich ist dies bedeutsam, da der Fachkräftemangel langfristig nicht allein mit innenpolitischen Massnahmen bewältigt werden kann. Es bedarf deshalb auch in Zukunft des Zugangs zum europäischen Arbeitsmarkt, um das Wirtschaftswachstum und den damit verbundenen Wohlstand langfristig zu sichern.

Die Angestellten aus dem EU-Raum spielen auch im Gesundheits- und Pflegebereich eine wichtige Rolle. Mit Blick auf die von der Interpellantin erwähnten Gesundheitseinrichtungen liefern die Schätzungen des Amtes für Daten und Statistik des Kantons St.Gallen (DSSG), die auf den Umfragedaten aus der Strukturhebung des Bundesamtes für Statistik (BFS) für den Zeitraum zwischen den Jahren 2010 und 2024 basieren, Anhaltspunkte: Demnach ist im Kanton St.Gallen die absolute Zahl der Arbeitnehmenden aus EU-Staaten in Spitälern und Alters- und Pflegeheimen zwischen dem ersten Vergleichspunkt (gepoolte Daten der Jahre 2010–2014) und dem zweiten Vergleichspunkt (2015–2019) gestiegen. Danach (Jahre 2020–2024) blieb die Zahl der Angestellten aus EU-Staaten in den Spitälern in etwa konstant, während sie in den Alters- und Pflegeheimen weiter zunahm. Die Anzahl Beschäftigter aus dem EU-Raum veränderte sich bei Institutionen für Menschen mit Behinderung über den gesamten Zeitraum hinweg kaum.

Richtet man den Blick auf die relativen Anteile von EU-Staatsangehörigen an allen Beschäftigten des jeweiligen Institutionentyps, zeigen sich anhand der erwähnten Daten bei den Spitälern und den Institutionen für Menschen mit Behinderung über den gesamten Betrachtungszeitraum hinweg keine wesentlichen Veränderungen. Eine Veränderung zeigt sich hingegen bei den Alters- und Pflegeheimen: Zwischen den Vergleichsperioden 2010–2014 und 2020–2024 nahm der Anteil der Angestellten aus dem EU-Raum signifikant zu.

Die Statistik der Grenzgängerinnen und Grenzgänger liegt zwar als Vollerhebung vor, sie liefert jedoch weniger detaillierte Informationen zu den einzelnen Gruppen von Angestellten. Im gesamten Gesundheitswesen des Kantons St.Gallen ist die Zahl der Grenzgängerinnen und Grenzgänger zwischen den Jahren 2010 und 2024 (provisorischer Wert) von 267 auf 612 angestiegen. Der grösste Anstieg erfolgte zwischen den Jahren 2010 und 2018, in dieser Periode nahm die Zahl um 98 Prozent zu. Seither betrug der Anstieg rund 16 Prozent.

Zu den einzelnen Fragen:

1./2. *Wie viele Mitarbeitende aus dem EU-Raum (fest oder temporär angestellt) sind aktuell in den folgenden kantonalen Institutionen tätig:*

- a) *Spitäler;*
- b) *Alters- und Pflegeheime;*
- c) *Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen?*

Wie hat sich die Anzahl Mitarbeitender aus dem EU-Raum in diesen Institutionen in den letzten zehn Jahren entwickelt?

Spitäler

Gestützt auf die aktuellen Daten der Krankenhausstatistik (Datenjahr 2024) ergibt sich für die Spitäler im Kanton St.Gallen folgendes Bild zur Anzahl Mitarbeitender mit EU-Nationalität – unabhängig davon, ob sie befristet oder unbefristet sowie in Voll- oder Teilzeit angestellt sind: Insgesamt betrug der Anteil der Vollzeitäquivalente mit EU-Nationalität im Jahr 2014 rund 25 Prozent und im Jahr 2024 rund 26 Prozent in den St.Galler Spitälern (Akut-somatik, Psychiatrie und Rehabilitation). Zusätzlich wurden Daten beim Zentrum für Labor-medicin (ZLM) erhoben. Im Jahr 2025 betrug der Anteil der Mitarbeitenden mit EU-Natio-nalität im ZLM rund 21 Prozent (37 Vollzeitäquivalente von insgesamt 177 Vollzeitäquiva-lenten).

Anzahl Vollzeitäquivalente in Spitälern nach Berufsgruppen; Total und EU 2014 und 2024

Quelle: Krankenhausstatistik

	Anzahl FTE 2014	FTE EU 2014	in %	Anzahl FTE 2024	FTE EU 2024	in %
SR1 Kantonsspital, St.Gallen, SG	3'961	1'046	26 %	4'407	1'123	25 %
SR2 Spitalregion Rheintal Werdenberg Sarganserland, Rebstein	989	319	32 %	777	271	35 %
SR3 Spital Linth, Uznach, SG	327	99	30 %	329	86	26 %
SR4 Spitalregion Fürstenland Toggenburg, Wil, SG	563	91	16 %	404	77	19 %
Ostschweizer Kinderspital, St.Gallen, SG	482	100	21 %	608	116	19 %
Hirslanden Klinik Stephanshorn, St.Gallen, SG	287	24	8 %	446	92	21 %
Geriatrische Klinik St.Gallen, SG	217	34	16 %	199	38	19 %
Rosenklinik AG, Rapperswil-Jona, SG	16	4	28 %	42	13	30 %
Thurklinik AG, Niederuzwil, SG	20	10	52 %	18	4	25 %
Berit Klinik Goldach, SG	-	-		22	2	10 %
Berit Klinik Wattwil, SG	-	-		70	17	24 %
Geburtshaus St.Gallen GmbH, St.Gallen, SG	-	-		18	4	22 %
Psychiatrie St.Gallen (PSG), Wil SG, SG	531	113	21 %	975	231	24 %
Psychiatrie-Dienste Süd, Pfäfers, SG	332	77	23 %			
Klinik Sonnenhof Kinder- & Jugendpsychiatrisches Zentrum, Ganterschwil, SG	88	25	28 %	128	29	23 %
Kliniken Valens, Valens, SG	429	136	32 %	596	206	35 %
Oberwaid AG Kurhotel & Privatklinik, St.Gallen, SG	-	-		162	45	28 %
Klinik St.Georg Goldach AG, Goldach, SG	25	8	33 %	-	-	
Kinderschutzzentrum St.Gallen Romerhuus, St.Gallen, SG	16	2	10 %			
Gesamtergebnis	8'282	2'089	25 %	9'201	2'354	26 %

Ein Vergleich mit der Schweiz zeigt, dass der Anteil der Mitarbeitenden mit EU-Nationalität im Kanton St.Gallen tiefer ist als im gesamtschweizerischen Durchschnitt. Im Jahr 2024 lag dieser Anteil im Gesundheitswesen schweizweit bei 31 Prozent, im Kanton St.Gallen bei 26 Prozent.

Eine Aufschlüsselung nach Berufsgruppen zeigt, dass der Anteil bei den Ärztinnen und Ärzten am höchsten ist (Schweiz: 44 Prozent; St.Gallen: 54 Prozent). In den übrigen Berufsgruppen liegt der Kanton St.Gallen unter dem schweizerischen Durchschnitt.

Seit dem Jahr 2014 sind die Anteile insgesamt leicht gestiegen. Eine Ausnahme bilden das Pflegepersonal sowie das therapeutische Personal im Kanton St.Gallen; hier sind die Anteile stabil bzw. leicht rückläufig.

Anteil Vollzeitäquivalente in Spitälern nach Berufsgruppen; Mitarbeitende mit EU-Nationalität

Quelle: Krankenhausstatistik

	Anteil Mitarbeitende EU-Nationalität	Anteil Ärztinnen und Ärzte (ohne Unterassistentinnen/-assistenten) EU-Nationalität	Anteil Pflegepersonal EU-Nationalität	Anteil Übriges Therapeutisches Personal EU-Nationalität	Anteil Administration- und Technik-Personal EU-Nationalität
Schweiz	31 %	44 %	33 %	30 %	23 %
SG 2024	26 %	54 %	22 %	27 %	17 %
Schweiz 2014	29 %	40 %	32 %	29 %	21 %
SG 2014	25 %	54 %	23 %	28 %	14 %

Alters- und Pflegeheime sowie Institutionen für Menschen mit Behinderung

Zur Entwicklung der Anzahl der Mitarbeitenden aus dem EU-Raum in den betroffenen Institutionen über die letzten zehn Jahre liegen keine systematisch erhobenen und konsolidierten Daten vor, die über die in der Einleitung erwähnten Schätzungen hinausgehen. Entsprechende Kennzahlen werden von den Institutionen nicht einheitlich erfasst und stehen dem Departement des Innern auch deshalb nicht zur Verfügung, da es sich um selbständige Trägerschaften handelt. Eine nachträgliche Datenerhebung mittels Umfrage wäre mit erheblichem administrativem Aufwand verbunden. Zudem ist davon auszugehen, dass insbesondere für einen Zeitraum von zehn Jahren keine durchgehend belastbaren und vergleichbaren Daten generiert werden könnten. In diesem Zusammenhang ist festzuhalten, dass auf Basis der verfügbaren Informationen keine grundsätzliche Aussage über eine allfällige Abhängigkeit der Institutionen von Arbeitskräften aus dem EU-Raum gemacht werden kann.

3. *Wurde oder wird aktiv Personal im EU-Raum rekrutiert (sei es über Inserate/Jobbörsen im EU-Raum oder aktive Rekrutierungsmassnahmen)? Wenn ja, mit welchen Massnahmen?*

Gemäss den Rückmeldungen der öffentlich-rechtlichen Anstalten (HOCH Health Ostschweiz, ZLM und Psychiatrie St.Gallen) wird aktiv Personal im EU-Raum rekrutiert.

HOCH Health Ostschweiz rekrutiert in grenznahen Regionen. Dabei werden insbesondere Online-Inserate auf geeigneten Plattformen geschaltet, um eine breite Zielgruppe anzusprechen. In ausgewählten Berufsgruppen erfolgen zudem gezielte Direktansprachen von qualifizierten Fachpersonen. Ergänzend nimmt HOCH Health Ostschweiz an Job- und Karrieremessen im EU-Raum (insbesondere in Grenznähe) teil, um den persönlichen Austausch mit Interessierten zu fördern und das Unternehmen zu präsentieren.

Die Psychiatrie St.Gallen rekrutiert insbesondere im grenznahen Ausland (Bodensee-region sowie Fürstentum Liechtenstein) über lokale Jobplattformen und entsprechende Stellenausschreibungen. Bei der Direktansprache potenzieller Mitarbeitender stehen die fachlichen Qualifikationen im Vordergrund, unabhängig von deren Herkunft. Ein Wohnsitzwechsel in die Nähe des Arbeitsortes wird dabei bevorzugt. Zudem beteiligt sich die Psychiatrie St.Gallen an Jobbörsen für Medizinstudierende in Deutschland und in der Tschechischen Republik.

Auch das ZLM rekrutiert derzeit gezielt Oberärztinnen und Oberärzte mittels Printinseraten im Deutschen Ärzteblatt.

4. *Wie schätzt die Regierung die Abhängigkeit der erwähnten kantonalen Institutionen von Arbeitskräften aus dem EU-Raum ein?*

Die Abhängigkeit der kantonalen Institutionen von Arbeitskräften aus dem EU-Raum ist unterschiedlich ausgeprägt und variiert je nach Tätigkeitsbereich. Mit einem Anteil von insgesamt 26 Prozent bei den Spitälern besteht eine Abhängigkeit von Fachkräften aus dem EU-Raum, insbesondere im ärztlichen Bereich (54 Prozent) ist die Abhängigkeit sehr hoch. Diese Mitarbeitenden sind zentral für die Aufrechterhaltung des Spitalbetriebs und ein Wegfall hätte unmittelbare Auswirkungen auf die Gesundheitsversorgung.

Zusätzlich kommt der Grenzlage des Kantons insofern Bedeutung zu, als sie den Einsatz von Grenzgängerinnen und Grenzgängern begünstigt.

5. *Welche Risiken bestehen aus Sicht der Regierung bei einer möglichen Einschränkung der Personenfreizügigkeit oder bei administrativen Hürden in der Rekrutierung von Arbeitskräften aus dem EU-Raum im genannten Bereich und für den Kanton St.Gallen insgesamt?*

Aus Sicht der Regierung können Einschränkungen der Personenfreizügigkeit oder zusätzliche administrative Hürden bei der Rekrutierung von Arbeitskräften aus dem EU-Raum je nach Bereich zu erheblichen Herausforderungen führen. Besonders betroffen wären Branchen mit bereits bestehendem Fachkräftemangel.

Mit Blick auf die Abhängigkeit, insbesondere im ärztlichen Bereich, von Mitarbeitenden aus dem EU-Raum trägt das Medical-Master-Programm in St.Gallen etwas zur Entlastung bei. Ziel des Programms ist es, zusätzliche Ärztinnen und Ärzte für eine langfristige Tätigkeit in der Ostschweiz zu gewinnen und damit das regionale Fachkräftepotenzial im Gesundheitswesen zu stärken. Entsprechend ist vorgesehen, die Zahl der Masterstudienplätze in St.Gallen zu erhöhen. Ein entsprechendes Regierungsprojekt befindet sich derzeit in Umsetzung.